

Norwegen: „Ein Staat mit gleichen Rechten für alle“ ist die Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt

newarab.com, 27.09.23

Auf einer Sitzung des AHLC in der vergangenen Woche sagte die norwegische Außenministerin, dass die Zeit für eine Zweistaatenlösung für Palästina „knapp“ werde. Die norwegische Außenministerin erklärte, die einzige Perspektive für den jahrzehntelangen israelisch-palästinensischen Konflikt, sei eine „Einstaatenlösung“ mit „gleichen Rechten für alle“.

Anniken Huitfeldt äußerte sich während einer Sitzung des Ad-hoc-Verbindungsausschusses (AHLC), eines UN-Gremiums, das mit der Bereitstellung von Hilfe für die Palästinenser beauftragt ist, vergangene Woche in New York.

Huitfeldt bezeichnete die fehlende Gleichberechtigung der Palästinenser als „inakzeptabel“ und schlug die Schaffung eines einzigen Staates vor, in dem die Palästinenser die gleichen Rechte wie die Israelis erhalten.

Huitfeldt sagte, Norwegen sei zwar der Ansicht, dass eine Zweistaatenlösung nach wie vor „der beste Weg ist, um Frieden und Sicherheit für beide Völker zu gewährleisten“, doch sei die Zeit für einen solchen Vorschlag „bald abgelaufen“.

Die Spitzendiplomatin erklärte, dass die derzeitige Situation – in der Israel die palästinensischen Gebiete weiterhin gewaltsam besetzt hält und den Palästinensern ihre Rechte verweigert – „auf eine Einstaaten-Realität ohne gleiche Rechte für alle zusteuert“.

Israel hält die Westbank und Ostjerusalem seit 1967 nach dem Sechs-Tage-Krieg illegal besetzt. Seit dem Amtsantritt der derzeitigen Regierung von Benjamin Netanjahu im Dezember 2022 haben Gewalt und Rechtsverletzungen zugenommen.

Huitfeldt bezeichnete die fehlende Gleichberechtigung der Palästinenser als „inakzeptabel“ und schlug die Schaffung eines einzigen Staates vor, in dem die Palästinenser die gleichen Rechte wie die Israelis erhalten.

Viele palästinensische Aktivisten haben sich schon früher für diese Lösung eingesetzt, die erstmals in den 1970er Jahren von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vorgeschlagen wurde. Israel hat sich jedoch geweigert, den Palästinensern in der Westbank und im Gazastreifen gleiche Rechte zu gewähren oder sich aus diesen Gebieten zurückzuziehen sowie den Palästinensern zu erlauben, dort einen unabhängigen Staat zu gründen.

Die norwegische Außenministerin wies auch darauf hin, dass die *ALHC* ihre Ziele nicht erreicht habe, was die palästinensischen Angelegenheiten betreffe. Huitfeldt erklärte jedoch, dass in mehreren Bereichen Fortschritte erzielt worden seien und dass Krankenhäuser und Schulen gebaut würden.

In ihrer Rede forderte sie Israel auf, Maßnahmen zu unterlassen, die die Palästinensische Autonomiebehörde „untergrabe“, und die Beschränkungen für die Nutzung von Land in dem von Israel kontrollierten Gebiet C und dem Gazastreifen, der seit 2007 unter einer israelischen Blockade steht, aufzuheben. Sie rief die Parteien außerdem dazu auf, „eine politische Lösung anzustreben“.

„Wenn es kein Ende der Besatzung und keine Fortschritte an der politischen Front gibt, werden alle Errungenschaften nur eine begrenzte Wirkung haben“, sagte sie.

Das Treffen fällt mit dem 30. Jahrestag des Osloer Abkommens zusammen, das in diesem Monat unterzeichnet wurde. Das Abkommen wurde als Schritt zur Lösung des Konflikts auf der Grundlage einer Zweistaaten-Vision unterzeichnet. Die Gespräche sind jedoch seit über einem Jahrzehnt ins Stocken geraten, da Israel sich weigert, sich aus der Westbank und Ostjerusalem zurückzuziehen.

Die Palästinenser sind unter der israelischen Besatzung zunehmender Gewalt ausgesetzt, wobei seit März 2022 Hunderte von Menschen bei Militärangeriffen getötet und verletzt wurden. Auch die Angriffe der Siedler haben zugenommen, und die rechtsextreme israelische Regierung hat grünes Licht für den Ausbau der Siedlungen gegeben. Alle Siedlungen in der Westbank und in Ostjerusalem sind nach internationalem Recht illegal.

Im Kabinett Netanjahu sitzen extremistische Minister, die zu Rassismus und Gewalt gegen Palästinenser aufgerufen haben, wie Finanzminister Bezalel Smotrich und der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir.

In diesem Jahr wurden bisher mehr als 200 Palästinenser getötet, was eine der höchsten jährlichen Todeszahlen in den besetzten Gebieten darstellt.

Quelle: <https://www.newarab.com/news/norway-backs-one-state-solution-palestine-conflict>

Sie auch die *AHL*-Eröffnungsrede von Außenministerin Anniken Huitfeldt

<https://www.regjeringen.no/en/aktuelt/innlegg-for-den-internasjonale-givergrupper-for-palestina-ahlc/id2994929>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de